

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheinung:
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährlich M. 1.35
monatlich 45 Pf.
Bei allen württ. Postanstalten
und Boten im Orts- u. Nachbar-
ortsverkehr vierteljährlich M. 1.35,
außerhalb desselben M. 1.35,
hierzu Bestellgeld 20 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verkundigungsblatt
der kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,
Enzklösterle u.

während der Saison mit
amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg.
Answärtige 10 Pfg., die Klein-
spaltige Garnanzelle.
Kontinuum 15 Pfg. die
Petitzelle.
Bei Wiederholungen entspr.
Rabatt.
Fremdenliste
nach Uebereinkunft.
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 21.

Samstag, den 30. Januar

1909.

Die Wafung der „Nachlasssteuer“ auf die württemberg. Landwirtschaft.

Nach Zeitungsmitteilungen hat Direktor Strebel-Hohenheim, der sicherlich bei keinem Kenner der Verhältnisse in den Verhältnissen landwirtschaftlicher Betriebe kommen wird, in einem Vortrag ausgeführt, er habe auf Grund genauer Erhebungen festgestellt, daß in Württemberg alle landwirtschaftlichen Betriebe von weniger als 7 Hektar (zirka 21 Morgen) von der Steuer, wie sie vorgelesen ist, nicht berührt würden.

Diese Angabe kann natürlich nur als ungefähre Durchschnitt angenommen werden, denn es ist bekannt, daß der Güterwert ein ganz verschiedenes ist im Weinbau treibenden, dichtbewohnten industriellen Redarkreis und im rein ländlichen, schwächer bewohnten Ober- oder Jagdgebiet. Ebenso ist natürlich das Kapitalvermögen unterschieden, wie die etwaige Schuldenlast, die auf einem Gute ruht. Es ist, unseres Erachtens, vielmehr nur der Durchschnittswert des landwirtschaftlichen Betriebs als solcher angenommen. Und das ist ganz berechtigt. Denn nicht gegen die Nachlasssteuer für die Kapitalisten wendet sich die Agitation, sondern nur gegen diejenige für den landwirtschaftlichen Betrieb.

Die Ergebnisse der Strebelschen Erhebungen sind nun, zusammengehalten mit den amtlichen Feststellungen auf Grund der Betriebszählung am 12. Juni 1907, außerordentlich reich. Nach den „Mitteilungen des kgl. Statistischen Landesamts“ (Nr. 16 vom 30. Dezember 1908) befinden sich unter den 314 829 landwirtschaftlichen Betrieben des Landes nicht weniger als 251 630 unter 5 Hektar, während nur 63 199 über 5 Hektar umfassen. Nun darf man weiter mindestens 20 000 Betriebe zwischen 5—7 Hektar annehmen (auf die vier Größenklassen 2—5 Hektar entfallen 83 752 Betriebe, im Durchschnitt also auf eine Stufe über 20 000 Betriebe). Es würden hiernach mindestens **270—280 000** landwirtschaftliche Betriebe in Württemberg von der vielangekündigten Nachlasssteuer frei sein, und nur 30 bis 40 000 würden — und zwar zu einem erheblichen Teil mit kleinen Beträgen — zur Nachlasssteuer herbeigezogen werden. Ja, sogar diese Zahl würde sich noch verringern, wenn diejenigen Betriebe ausscheiden, auf denen Hypothekenschulden in einer Höhe lasten, daß der Rein-

wert des Gutes nach Abzug dieser Schulden auf 20 000 Mark herunterzinken würde.

Dieser Fall ist wieder ein Schulbeispiel, wie der württ. Bund der Landwirte ohne eigenen Willen und Gedanken im Schlepptau der preussischen Junker arbeitet. Von ihnen bezieht er nicht bloß seine finanzielle, sondern auch seine geistige Alimentation. Und es ist wirklich ein rührendes Zeichen großer Selbstaufopferung, daß unsere Klein- und Mittelbauern, die — wie die obigen Zahlen ergeben — ohnehin von der Nachlasssteuer gänzlich unberührt bleiben würden, sich auch noch dafür bemühen, daß ihre reichen und wohlhabenden Standesgenossen von der sie treffenden Steuer verschont bleiben sollen.

Unsere Freunde im ganzen Lande sollten nicht verkümmern, mit diesen Darlegungen ihren Mitbürgern aus dem Bauernstand zu zeigen, wie dieser von den Agitatoren des Bundes, die ihre Parole aus Berlin beziehen, auf ganz falsche Wege geleitet wird. Hierbei können die Handwerker und Kleinindustriellen mit Fug und Recht daran erinnern, daß aus ihren Kreisen sich keinerlei wütende Agitation gegen eine Steuer erhoben hat, die den Handwerkerstand gerade so trifft, wie den Bauernstand, die nun aber einmal bei den Reichsbedürfnissen notwendig und jedenfalls gerechter ist als die fortwährende und einseitige Vermehrung der indirekten Steuern.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 28. Januar.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1 1/4 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung des sozialdemokratischen Antrags betr. die

Regelung des Vertragsverhältnisses zwischen den landwirtsch. Arbeitern und dem Gesinde und ihren Arbeitgebern.

Abg. Dr. Stengel (fr. Sp.): Wir stimmen für die Gewährung des Koalitionsrechts an die ländlichen Arbeiter und für die Aufhebung der Gesindeordnung. Wir warnen die Rechte der Sozialdemokratie auch da entgegenzutreten, wo sie berechnete Forderungen stellt.

Abg. Dr. Bahrenhorst (Rp.): Die Sozialdemokraten wollen angeblich durch diesen Antrag das Los

der Landarbeiter erleichtern. Ein besserer Weg hierzu wäre, den Landarbeitern ein eigenes Häuschen und eine eigene Scholle zu schaffen. Hier folgt uns aber die Sozialdemokratie nicht. Sie will dem Landarbeiter nicht helfen, sondern Unfrieden zwischen ihm und dem Arbeitgeber schaffen. Ich bedauere, daß das Zentrum den Sozialdemokraten dabei sekundiert.

Abg. Gothein (fr. Bg.): Das gute Verhältnis zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern in den deutschen Ländern, die die Koalitionsfreiheit besitzen — Hannover und Elsaß-Lothringen — sollte auch die Herren der Rechten veranlassen, diese Freiheit allen deutschen Arbeitern zu gönnen.

Präsident Graf Stolberg: Ein genügend unterstützter Antrag ist eingegangen auf namentliche Abstimmung über den vorliegenden Antrag, oder über einen etwa gestellten Antrag, den Antrag Abrecht einer Kommission zu überweisen.

Abg. Hufnagel (konf.): Ich fürchte, die Annahme des Antrages würde die Landarbeiter ebenso wie die Arbeitgeber schädigen, denn wenn die koalierten Arbeiter von den schon jetzt an der Grenze der Leistungsfähigkeit stehenden Landwirten im Sommer höhere Löhne erzielen würden, so müßten die Landwirte zu ihrem Bedauern die Arbeiter im Herbst entlassen. Ich bitte über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Brey (Soz.): Die Landwirte haben das Recht sich zu vereinigen und nützen es aus; ihre Arbeiter aber stehen unter dem Druck eines Ausnahmengesetzes. Eine derartige Ungerechtigkeit sollte eine Partei, die sich nationalliberal nennt, nicht mitmachen. In den Gebieten, die über Abwanderung zu klagen haben, beherrscht nicht die Sozialdemokratie, sondern die agrarische Partei die Gemeinde- und Schulpolitik. Das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern werde erst besser werden, wenn letztere sich durch die Koalition gegen schlechte Löhne und Behandlung wehren könnten.

Abg. Bachhorst de Wente (natl.): Eine reichsgesetzliche Regelung der angeschnittenen Frage ist noch nicht notwendig. Wünschenwert aber ist eine reichsgesetzliche Regelung der Kräfteversicherung ländlicher Arbeiter und eine zeitgemäße Reform der Gesindeordnung.

Abg. Böhm (wirtsch. Bgg.): Der Kern der landwirtschaftlichen Arbeiterfrage liegt in der Selbstmachung der Landarbeiter. Die Koalitionsfreiheit ist für den ländlichen Arbeiter im Gegensatz zu dem

An den großen Revolutionen sind nie die Völker, sondern immer die Regierenden schuld. Goethe.

Schuldig oder nichtschuldig?

Roman nach E. M. Braeme von E. Felling.

(Fortsetzung.)

Der nächste Brief war von Gräfin Delene Gordon, die sie hat, sich an einem Ausflug nach Virginia-Water zu beteiligen.

„Das“, sagte Gräfin Arden zu sich, „ist mir schon lieber als der Ball.“

Der dritte kam von Madame Elise und enthielt die Ankündigung, daß sie einige prächtige Roben von Worth bekommen habe und daß sie sich freuen würde, sie zuerst Gräfin Arden zeigen zu dürfen.

Der vierte enthielt eine Einladung vom Hofe zu einem Konzert.

„Da haben wir ja genug Vergnügen vor!“ lachte sie.

Der fünfte barg nur einen Geschäftskatalog; der sechste — göttlich, das war der letzte — der sechste war ein Brief, dessen Außenseite sie äußerst in Erstaunen setzte. Der Umschlag war unfein; auch hastete ihm Taktgefühl an.

Tabak! Wer durfte es wagen, ihr einen solchen Brief zu schicken?

Die Schrift war nicht sehr deutlich, und auf der Vorderseite befand sich ein Tintenstich.

Sie öffnete ihn, und ahnungslos, wie ein träumendes Kind, beugte sie sich, um die Schrift besser lesen zu können, über den Brief und las: „Frau Gräfin!“

Nur mit größter Schwierigkeit konnte sie die Worte entziffern.

„Augenscheinlich eine Bittellei,“ dachte sie bei sich. Dann fuhr sie fort zu lesen:

„Frau Gräfin, ich kenne Sie! Ich sah Sie heute in der New-Bard-Straße; ich betrachtete Sie mit größter Aufmerksamkeit und nun kenne ich Sie, — ich habe Sie sogleich wiedererkannt. Und wenn die ganze Welt an Ihren Tod glaubt, ich weiß doch, daß Sie noch am Leben sind. Ich hätte Sie überall und jeder Bekleidungs erkannt. Wohl werden Sie sich meiner kaum erinnern, da Ihre Augen jedenfalls nur flüchtig auf mich geruht haben, während ich, obwohl so tief unter Ihnen stehend, Sie zu lieben wagte. Sie blendeten und verwirrten mich, wie die Sonne es tut, und doch liebte ich Sie — und so kenne ich Ihr Geheimnis. Als ich von Ihrem mutmaßlichen Tode hörte, als ich vernahm, daß Sie, unter dem angenommenen Namen einer Annie Malcolm, nach Amerika gesegelt wären und unterwegs den Tod gefunden hätten, fiel ich in eine lange, totenähnliche Ohnmacht. Ich bin von da an immer tiefer gesunken; aber ich kenne Sie, Hester Blair, — obgleich Sie jetzt so stolz und königlich sind, — ich kenne Sie! Ich habe mir zugeschworen, daß ich noch einmal Ihre Hand in der meinen pressen will. Ich habe mir das geschworen, und ich werde meinen Eid halten. Hester Blair, wenn Sie klug sind, so werden Sie auf meine Forderung eingehen. Sie werden mir eine Zusammenkunft bewilligen; Zeit und Ort stelle ich Ihnen anheim. Sie können mir dann Ihre Bestimmungen, das Geheimhalten Ihres Geheimnisses betreffend, mündlich sagen; ich habe nicht die Absicht, es anzudeuten. Es wird in Zukunft ebenso sicher sein, wie es bis jetzt der Fall war. Aber ich lasse nicht mit mir spazieren. Sie müssen mir eine Zusammenkunft gewähren. Sie werden mir meinen Brief beantworten; meine Adresse lautet: Adam Ramsay, Chefer's Wirtshaus, Clerkenwell. Ich werde keinen Schritt aus dem Hause geben, bis ich von Ihnen höre. Schreiben sie sofort. Sie

brauchen keine Antwort zu geben, bis ich von Ihnen höre. Ihr Geheimnis zu verraten; es wird mit mir sterben, wie es auch mit Ihnen sterben wird, aber — ich beanspruche seinen Preis! Ich verbleibe Eurer Gräfin untertänigster Diener.

Adam Ramsay.

Wäre dieser Brief eine lebende Schlange gewesen, mit gespaltener Zunge, jeden Augenblick im Begriff, sie anzuzahlen, sie hätte wahrlich nicht entsetzt, erschrockener darauf niederblicken können. Sie war leichenblau geworden; das Herz schlug ihr zum Stillstand.

„O, gütiger Himmel!“ rief sie in ihrer Herzensangst. „Hilf du mir! Errette mich auch diesmal!“

Der Schlag hatte sie so plötzlich, so schrecklich getroffen, daß sie sich lange nicht fassen konnte. Er war wie ein Donnerschlag, der mitten in eine sonnige Landschaft hineintönt; und er war gerade jetzt gefallen, wo sie ihn am wenigsten erwartet hatte, jetzt, wo sie sich auf der Höhe ihres Glücks, ihrer Liebe und ihrer Triumphe gewähnt hatte. Große Schweißtropfen traten auf ihre Stirn. Eine einzige Minute hatte genügt, ihre strahlende Schönheit zu vernichten; in einer einzigen Minute war alle ihre Lieblichkeit verschwunden, wie weggeweht. Auf den weichen Kissen warf sich ein unglückliches, wildblühendes Weib verzweiflungsvoll umher, suchte mit den Händen durch die Luft und rief den Himmel um Hilfe und Rettung an, — eine völlig verzweifelte, die händeringend wehklagte, wie so sehr grauam doch das Leben sei; tausendmal lieber wäre ihr ja der Tod gewesen.

Sie erhob sich von ihrem Ruhebett und schritt ruhelos durch das Zimmer; ihre weißen Arme hobte sie flehend zum Himmel erhoben, ihre Augen blühten vor Wut, ihr ganzes Antlitz war mit der tiefen Verzweiflung in den Zügen erschütternd anzusehen, — während ihre Lippen ein inbrünstiges Gebet um Rettung zum Himmel sandten.

(Fortsetzung folgt.)



arbeiten nur von nebensächlicher Bedeutung. Die Regelung dieser Frage muß Sache der Landesgesetzgebung bleiben.

Abg. Henschler (fr. Bgg.): Ich bin am besten mit den organisierten Arbeitern ausgekommen, die bestimmte Bedingungen stellen. Es kam nie zu Differenzen, wenn diese erfüllt wurden. Dagegen gab es mit dem nichtorganisierten hergelassenen Gesinde immer Streit. Dieser vorsündflutlichen Gesetzgebung muß durch reichsgesetzliche Regelung ein Ende gemacht werden. Die Unzufriedenheit unter den Landarbeitern hat erst seit Beginn der Verheerung seitens des Bundes der Landwirte eingesetzt. Ich beantrage Verweisung des Antrags an eine Mitglieder Kommission.

Abg. v. Bolko (konf.): Der Gutbesitzer muß seine Leute, um sie sich zu erhalten, gut behandeln. Aber ein konstitutionelles Regiment kann auf einem Gute nie sein. Der Antrag würde einen Keil zwischen Landwirte und Landarbeiter treiben.

Abg. Berner (Rep.): In den Bezirken mit Koalitionsfreiheit machen die Landarbeiter keinen Gebrauch davon. Es ist also kein Bedürfnis dafür vorhanden.

Abg. v. Dergun (Rp.): Unser Verhältnis zu den Landarbeitern ist im großen und ganzen gesund. Wir brauchen nicht daran zu rütteln. Eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit ist unmöglich. Die Koalitionsfreiheit würde die Agitatoren der Sozialdemokratie föhrend zwischen Herren und Arbeiter bringen. Anders ist es mit der Ausdehnung der obligatorischen Krankenversicherung auf die Landarbeiter.

Nach persönlichen Bemerkungen wurde die Verhandlung auf Freitag 1 Uhr vertagt.

Rundschau.

Bilow und die Konservativen.

Die Nationalzeitung sucht in einem Leitartikel den Konservativen klar zu machen, daß sie durch den Sturz des Fürsten Bilow vermutlich nicht allzuviel gewinnen würden, und daß es noch keineswegs ausgemacht sei, wer bei einem Kanzlerwechsel der Leidtragende sein würde. Sehr richtig ist die folgende Bemerkung der Nationalzeitung:

„Solange in Preußen das Wahlrecht nicht modernisiert ist, und insbesondere das öffentliche Wahlrecht die Wahlergebnisse und damit den Volkswillen fälscht, wird der Liberalismus nicht zufrieden sein können, und der Kanzler, der in Preußen als Ministerpräsident mit den Konservativen einer grundsätzlichen Reform des Wahlrechts widerstrebt und sich im Reichstag in seiner Reichspolitik auch auf den Liberalismus stützen muß, wird immer, möge er heißen, wie er wolle, einen schwierigen Stand haben.“

In dem gleichen Artikel bezeichnet die Nationalzeitung den Statthalter Grafen Wedel als „Favoriten“ der konservativen Kreise für den Kanzlerposten. Das Berliner Tageblatt behauptet dagegen, daß der Statthalter von Kaiser-Verträgen einer Uebernahme des Kanzlerpostens sehr abgeneigt sei. Tatsächlich sei es ganz ausgeschlossen, daß Graf Wedel diese Bürde erstrebt, und es scheint einwilligen fraglich, daß es gelingen könnte, seine Abneigung zu überwinden.

Ein sozialdemokratischer Vertrauensbruch.

Vertrauliche Mitteilungen des Staatssekretärs Schön in der Budgetkommission des Reichstags waren durch die Indiskretion eines Teilnehmers an der Verhandlung in ein Wiener Blatt gelangt. Die Budgetkommission stellte den sozialdemokratischen Abgeordneten Roske als Urheber dieser Indiskretion fest. Roske bedauerte den Vorfall und erbat Entschuldigung, worauf die Kommission Geheimhaltung des Vorganges beschloß. Da in dem sozialdemokratischen „Vorwärts“ trotzdem der Vorgang veröffentlicht und ganz allgemein ein Mitglied des Reichstags als Urheber bezeichnet wurde, hat die Budgetkommission die bisherige Geheimhaltung aufgegeben. — In den Wandelgängen wurde nunmehr allgemein der Abg. Roske als Urheber der Indiskretion genannt.

Monopolisierung der Diamantverwertung in Südwestafrika.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine kaiserliche Verordnung vom 16. Januar, worin bestimmt wird, daß Förderer von Diamanten im südwestafrikanischen Schutzbiet ihre gesamte Förderung der vom Reichskolonialamt bezeichneten Behörde oder einer Person zwecks Vermittlung der Verwertung zu übergeben haben. Die Verwertung erfolgt in einer nach freiem Ermessen der Kolonialverwaltung für die Förderer günstigen Weise. Der durch die Verwertung der Diamanten erzielte Erlös ist an die Berechtigten abzuliefern. Für die bei der Verwertung aufzuwendende Wahrung und die entstehenden Kosten ist eine angemessene Gebühr zu entrichten, welche das Reichskolonialamt festsetzt. Letztere ist ermächtigt, im Interesse der Erhaltung eines gesunden Handels mit Diamanten ein jährliches Höchstmaß der zur Verwertung gelangenden Diamanten für jeden Förderer festzusetzen. Die Förderung wird dadurch an sich nicht beschränkt; die Verpflichtung zur Einlieferung der Steine wird aber dadurch nicht aufgehoben. — Auf Grundlage dieser Verordnung haben sich, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ mitteilt, die an der Diamantgewinnung im Schutzbiet interessierten Gruppen mit unwesentlichen Ausnahmen zusammengeschlossen und durch Vermittlung ihrer Bankiers die Errichtung einer Gesellschaft in Aussicht genommen, welcher der Betrieb der deutschen Kolonialdiamanten auf Grundlage der erwähnten Verordnung übertragen werden soll.

Aus der Weinkommission.

Die zweite Lesung des Entwurfs begann mit dem Ausdruck des ernstlichen Bedauerns von Seiten des Ber-

traters der verbündeten Regierungen darüber, daß einige der Kommission schriftlich mitgeteilten gutachtlichen Darlegungen eines Vertreters des Reichsgesundheitsamtes in einseitiger und unvollständiger Weise irgendwo an die Öffentlichkeit gezogen und kritisiert worden seien. Der Vorsitzende der Kommission bedauert das nicht aufklärende Vorkommnis gleichfalls. Im wesentlichen werden die Kommissionsbeschlüsse der ersten Besung festgehalten: das Verbot des Weißweineinverweins mit Desfettweins, die Verpflichtung Rot-Weißweineinverweins zu deklarieren, die räumliche Begrenzung des Juckerweineinverweins auf ein Fünftel der fertigen Flüssigkeit, die zeitliche Begrenzung der Juckerweineinverweins auf 31. Dezember. Abgelehnt wurde mit starker Mehrheit der Antrag: die Zweckbestimmung zu streichen, wonach die Juckerung zugelassen werden solle nur insoweit, als es der Beschaffenheit des aus den Trauben gleicher Art und Herkunft in guten Jahrgängen ohne Zusatz gewonnenen Erzeugnisses entspricht. Ebenso wurde abgelehnt ein Antrag, die hierfür in Betracht kommenden Weinbaugebiete, genau wie die Juckerungsgebiete, im Gesetze selbst, im einzelnen, etwa 12 verschiedene, zu bestimmen. Entgegen der Regierungsvorlage und den Wünschen namentlich der Mosel, die zeitliche Begrenzung auf 31. Januar auszudehnen, hielt die Kommission auch in dieser Beziehung an den Beschlüssen erster Besung fest.

Die Organisation des Auswärtigen Amtes.

In der Sitzung der Budgetkommission des Reichstags, in der der Etat des Auswärtigen Amtes weiter beraten wurde, führte Staatssekretär v. Schön aus, er habe sich in den anderthalb Jahren seiner Amtstätigkeit davon überzeugt, daß die Organisation des Auswärtigen Amtes, trotzdem dort genau und erschöpfend gearbeitet werde, zu wünschen übrig lasse. Er, der Staatssekretär, und sein ständiger Vertreter, der Unterstaatssekretär, seien mit Arbeiten stark belastet und es sei unumgänglich, für die politische Abteilung entweder die Stelle eines Direktors oder doch wenigstens eines Dirigenten zu schaffen, wie sie auch im Ausland fast überall bestehen. Auch der Einrichtung eines Kabinetts für den Leiter der Behörde, das sich namentlich eiliger Sachen anzunehmen haben werde, werde man nach dem Beispiel des Auslands näher treten müssen. Andererseits verfolge man bereits jetzt, die Frage durch eine Vereinfachung des Geschäftsganges zum Teil zu lösen. In Erwiderung auf die Ausführungen eines freisinnigen Redners erklärte der Staatssekretär sodann, auch er stehe auf dem Standpunkt, daß Privilegien und Kastengeist nicht bestehen sollen. Er sorge deshalb dafür, daß das bürgerliche Element gebührend herangezogen werde und hoffe einen Zustrom geeigneter Elemente aus bürgerlichen Kreisen, die natürlich eine geeignete Erziehung genossen haben müssen.

Die Wirren auf dem Balkan.

Von ministerieller Seite wurde am Donnerstag auf der Botschaft erklärt, die türkische Regierung habe der bulgarischen Regierung mitgeteilt, sie sei bereit, die Unterhandlungen auf der Basis einer Entschädigung von fünf Millionen Pfund wieder aufzunehmen. Nach einem an die Botschaft gelangten Telegramm hat die bulgarische Regierung die ins Grenzgebiet von Adrianopel gesandten Truppen zurückgezogen. — Rußland schlägt den Großmächten eine gemeinsame Intervention vor.

Württembergischer Landtag.

Kammer der Abgeordneten.

Stuttgart, 23. Jan.

Präsident v. Bayer eröffnet die 145. Sitzung um 3.15 Uhr.

Man setzt die Beratung der

Volksschulnovelle

bei Art. XII Art. 81, der von der Bezirkschulaufsicht handelt, fort.

Häffner (D. P.) nimmt namens seiner Fraktion zu den verschiedenen gestellten Anträgen Stellung.

Kessler (Z.) ist bei der zunehmenden Unruhe im Hause unverständlich und hört deshalb zu sprechen auf.

Auf mehrmalige Aufforderung des Präsidenten, in seiner Rede fortzufahren, entgegnet Kessler, er werde fortfahren, sobald die Herren Zeit haben, ruhig zu sein.

Präsident v. Bayer: Es ist meine Sache, für Ordnung in diesem Hause zu sorgen. Ich bitte den Herrn Redner, fortzufahren.

Kessler (Z.) begründet nun, etwas lauter sprechend, den Antrag des Zentrums, daß der Bezirkschulinspektor nicht von jeder Ortsschulratsitzung rechtzeitig unterrichtet zu werden brauche.

Liesching (Rp.): Auf die prinzipielle Seite gehe er nicht mehr ein. Die sachmännische Bezirksaufsicht müsse durch aus dem Lehrerstand hervorgehende Staatsbeamte ausgeübt werden, und zwar sollen in der Regel ältere Volksschullehrer in Betracht kommen. Das neue Amt solle keine Domäne für Theologen werden.

Heymann (Soz.) stellt folgende Anträge:

1. in Abs. 1 die Worte: „der dem Besenstand der ihm unterstellten Lehrer anzugehören hat“ zu streichen;
2. im Fall der Annahme dieses Antrages den letzten Absatz von „Schulen“ bis „Mehrheitsbesenstandes“ zu streichen;
3. als Abs. 2 einzufügen:
„Die Bezirkschulinspektoren werden in erster Linie aus der Zahl der erprobten älteren Volksschullehrer berufen, und es soll in der Regel an dem Erfordernis einer mehrjährigen Tätigkeit in der Volksschule festgehalten werden.“
4. in Abs. 2 die Worte: „insbesondere auch für die Uebergangszeit nach Antritt dieses Amtes“ zu streichen und am Schluß dieses Absatzes beizufügen:
„Diese Bestimmungen sind dem Landtag zur Genehmigung vorzulegen.“
5. Im Falle der Annahme der Anträge 3 und 4 soll an

Stelle der von der Kommission beantragten Resolution die folgende treten:

„Die Kammer der Abgeordneten spricht die Erwartung aus, daß die Weiterbildung der Volksschullehrer durch entsprechende Einrichtungen in einer Hochschule, insbesondere durch Bewährung von Stipendien, ermöglicht und erleichtert werde.“

6. Im Falle der Ablehnung der Anträge 3, 4 und 5 soll in der Resolution der Kommission in Ziffer 1, 3 hinter dem Wort „Hochschule“ eingeschaltet werden: „insbesondere durch Bewährung von Stipendien“.

Graf-Heidenheim (D. R.): In der Uebergangszeit sollen die erprobten seitherigen Bezirkschulinspektoren belassen und auch ältere, erfahrene Volksschullehrer zugezogen werden. Ob man mit der Zahl von 40 Inspektoren auskommen werde, sei seinen Freunden zweifelhaft.

Löcherer (Rp.): Seinem Kollegen Weber rufe er zu: Jurist, du reitest den Freund nicht mehr! Wenn Weber einen Einzelfall aus Preußen angeführt habe, wo ein Bezirkschulinspektor einen Lehrer angeführt habe, so sei demgegenüber zu sagen, daß es auch geistliche Schulinspektoren gegeben habe, die an Schneidigkeit einem preussischen Unteroffizier nichts nachgeben. (Zehr richtig! In's. Widerspruch im Zentrum.)

Heymann (Soz.) begründet in längeren Ausführungen die von ihm eingebrachten Anträge und bekämpft die Anträge des Zentrums.

Kultusminister v. Fleischhauer: Dieser Artikel gebe — neben der Regelung der Ortsschulaufsicht — dem Entwurf sein charakteristisches Gepräge. Die vorgesehene Aenderung sei im Interesse der Schule geboten und werde von allen Parteien mit Ausnahme des Zentrums als notwendig anerkannt. In dem größeren Teil von Deutschland sei diese Reform bereits durchgeführt: Württemberg hole nun Versäumtes nach, wenn es jetzt nachfolge. Die Befürchtungen, daß durch die sachmännische Aufsicht der christliche Charakter der Volksschule tangiert werde, teile er nicht. Eine gewisse Reife des Alters und der Erfahrung sei bei den Bezirkschulinspektoren notwendig; aber sie dürfen auch nicht zu alt sein. (Zuruf: Lebenslänglich!) Die Regierung werde sehr erfreut sein, wenn sie erprobte ältere Volksschullehrer finde, die für den Posten geeignet seien und die entsprechenden Charaktereigenschaften besäßen. Die Regierung sei sich ihrer großen Verantwortung in dieser Richtung bewußt und gehe davon aus, daß speziell in der ersten Zeit besondere Vorsicht geboten sei, damit die ganze Einrichtung nicht diskreditiert werde. Soweit geeignete Lehrer nicht vorhanden seien, werde man auf Philologen und Theologen zurückgreifen. Den Antrag Heymann, der die simultane Gestaltung der Bezirkschulaufsicht bezwecke, bitte er abzulehnen. Der Neben seien nun genug gewechselt; die Frage sei spruchreif. An Ihnen ist es nun, meine Herren, durch eine möglichst einmütige Beschlußfassung den Bemühungen der Regierung denjenigen Rückhalt zu geben, dessen sie bei der weiteren Behandlung des Entwurfs zur Lösung der wichtigen Frage bedarf. (Lebhaftes Bravo!)

Berichterstatter Dr. Sieber (D. P.) macht rückschauend einige Bemerkungen zur Haltung der verschiedenen Fraktionen.

Schreyer (D. R.) nimmt ebenfalls — in're ziemlicher Unruhe des Hauses — zu verschiedenen heute gehörten Einwänden Stellung.

Liesching (Rp.) beantragt, in Abs. 4 statt „Oberamtmann“ zu sagen: „Oberamtsvorstand“.

Man kommt zur Abstimmung.

Bei Abs. 1 wird der Antrag Sieber (D. P.), die Eingangsworte anders zu fassen, mit großer Mehrheit angenommen.

Der Antrag Gröber (Z.) auf vorherige Anhörung der Oberkirchenbehörden wird gegen die Stimmen des Zentrums abgelehnt.

Der Antrag Heymann (Soz.) auf simultane Gestaltung der Bezirkschulaufsicht wird gegen die Stimmen von Volkspartei und Sozialdemokratie abgelehnt.

Der Abs. 1 wird in der Kommissionsfassung angenommen.

Der Antrag Heymann (Soz.) auf Einschaltung eines neuen Abs. 2 wird abgelehnt.

Der Abs. 2 wird unter Streichung der auf die Uebergangszeit bezüglichen Worte in der Kommissionsfassung angenommen. Ein hierzu gestellter Antrag Heymann wird abgelehnt.

Bei Abs. 3 wird der Zentrumsantrag, das Recht des Bezirkschulinspektors, zu sämtlichen Sitzungen der Ortsschulräte seines Bezirks eingeladen zu werden, zu streichen, in namentlicher Abstimmung mit 48 gegen 34 Stimmen (im wesentlichen Zentrumsstimmen und einige Deutschpartei) abgelehnt.

Der Abs. 3 wird dann in der Kommissionsfassung angenommen.

In Abs. 4 wird das Wort „Oberamtmann“ durch „Oberamtsvorstand“ ersetzt; im übrigen wird Abs. 4 ebenso wie Abs. 5 genehmigt.

Die Resolutionen werden mit der von Heymann beantragten Einschaltung angenommen.

Hier wird abgebrochen.

Nächste Sitzung Freitag vormittags 9 Uhr mit der Tagesordnung: Fortsetzung.

Schluß nach 7½ Uhr.

Aus Württemberg.

Landtagsabgeordneter Mayer-Ulm †.

Im Wilhelmspital in Stuttgart, wo er von einem schweren Nierenleiden Genesung erhoffte, ist Freitag früh 1/3 Uhr der demokratische Landtagsabgeordnete Rechtsanwalt Mayer-Ulm gestorben.

Mayer ist nur 53 Jahre alt geworden; er ist am 5. Juni 1855 in Ulm geboren, wo er seit seinem 25. Lebensjahr die Rechtspraxis ausübte. Er war es, der in seiner Vaterstadt Ulm die demokratische Bewegung in Fluß brachte. Er errang sich bald das Vertrauen seiner Mitbürger, die ihn schon vor etwa einem Jahrzehnt in die bürgerl. Kollegien beriefen, denen er bis zu seinem Tode angehörte. In den Landtag wurde er im Dezember 1906 gewählt; er siegte in der Stichwahl mit 3357 Stim-

men über den Zentrums-kandidaten Ostberg, der 228 Stimmen auf sich vereinigte. (Schon im ersten Wahlgang war Mayer mit 1885 Stimmen gegen 1458 Zentrumsstimmen und 1261 deutschparteiliche Stimmen weitmas an die Spitze gelangt.) Sein Mandat hat er, unterstützt von reichen Kenntnissen, mit großem Fleiß ausgeübt. Noch auf der letzten Landesversammlung in Stuttgart war er der Sprecher der Landtagsfraktion. Es war der letzte Dienst, den er der Partei erwies. Nach dem er sich, trotz aller ärztlichen Kunst, die ihm zugewendet wurde, nicht mehr erheben sollte. Die Volkspartei verliert in Mayer einen streng überzeugungstreuen Anhänger von vornehmer Gesinnung. Sein unentwegt rechtlicher Charakter zeigte sich erst in der letzten Zeit wieder beim Austrag der Ulmer Streitigkeiten, mit dem dortigen Oberbürgermeister. In Ulm wird die Lücke, die sein Tod in die Reihen der Freunde gerissen, kaum auszufüllen sein. Die Partei wird das Andenken an Mayer stets hoch in Ehren halten.

Stuttgart, 29. Jan. Präsident v. Bayer wird heute zu Beginn der Sitzung der Zweiten Kammer dem verstorbenen Abgeordneten Mayer-Ulm folgenden Nachruf: R. U. Ich habe Ihnen eine schmerzliche Mitteilung zu machen. Heute nacht ist hier unser Kollege, der Herr Abgeordnete Mayer-Ulm, Rechtsanwalt und Gemeinderat in Ulm, im Alter von 53 Jahren der tödlichen Krankheit erlegen, die seit langem an seiner Gesundheit gezeht hat. Er gehörte diesem Hause seit den letzten allgemeinen Wahlen an und vor unserem Auge steht er noch mit seinem Interesse und Eifer, ausgerüstet mit allen Gaben für den parlamentarischen Beruf. Namentlich in seiner Eigenschaft als Mitberichtersteller der Bauordnungs-Kommission hat er an unseren Arbeiten sich hervorragend beteiligt. — Das Haus ehrt das Andenken an den Verstorbenen durch Erheben von den Sigen.

Eisenbahntarif. Am 1. April ds. Js. treten auf den württembergischen Staatsbahnen mit den neuen Teilen I des Deutschen Eisenbahn-Personen- und Gepäcktarifs, des Deutschen Eisenbahn-Tiertarifs und des Deutschen Eisenbahn-Gütertarifs neue Teile II dieser Tarife, sowie ein neuer Entfernungszeiger für die Abfertigung von Personen, Reisegepäck, Erzeugnis, Leichen und lebenden Tieren in Kraft. Die Vereinigung der Bestimmungen des Deutschen Eisenbahn-Personen- und Gepäcktarifs und der württembergischen Zusatzbestimmungen in einen Tarif kommt künftig in Wegfall. Die Tarife enthalten neben Ermäßigungen auch Erhöhungen. Nähere Auskünfte über die eintretenden Änderungen erteilt das Tarifbureau der Generaldirektion der Staatsbahnen in Stuttgart.

Stuttgart, 28. Jan. Das langjährige Präsidialmitglied des Württembergischen Kriegerbundes, Hofrat Kochtetter erlitt heute nacht einen Herzschlag und war sofort tot.

Stuttgart, 29. Jan. Der Gemeinderat hat gestern seine Zustimmung zur Verleihung der Rechtsfähigkeit an die von den Geh. Kommerzienrat von Knosp'schen Eheleuten verfügten Stiftungen erteilt. Es handelt sich dabei zunächst um eine Rudolph- und Sophienstiftung im Betrag von 2 Millionen Mark zur Erbauung eines Konvalenszentenheims, wobei die Stadt Stuttgart um kostenlose Abtretung des Baugrundes, wozüglich auf der Höhe des Hasenberges gebeten wird. Dann handelt es sich weiter um eine Rudolph- und Sophie Knosp-Stiftung im Betrag von 1 Million Mark. Diese Stiftung gilt Studien- und gemeinnützigen Zwecken für Personen aller Konfessionen innerhalb des Stadtdirektionsbezirks Stuttgart. In beiden Kuratorien für diese Stiftungen befindet sich als Vertreter der Stadt Stuttgart der Oberbürgermeister. Eine dritte Stiftung nennt sich Knosp-Verwandten-Stiftung und dient dem Zweck, den der Titel befaßt.

Stuttgart, 28. Jan. Der Gemeinderat hat für die Abgabe von warmem Frühstück an bedürftige Volksschüler weitere 4000 zu den bereits vorgesehenen 43.600 Mark bewilligt.

Reutlingen, 29. Jan. Schultheiß Schumacher von Reutlingen hat nach mehr als zwanzigjähriger Dienstzeit um seine Versetzung in den Ruhestand gebeten. Die Bewilligung ist auf den 2. März anberaumt.

Ebingen, 29. Jan. Die bürgerlichen Kollegien haben in Anwesenheit des Intendanturats Walter beschloffen, die zum Zweck eines Truppenübungsplatzes benötigten Gebäudestücke an Gemeindecigentum zum Gesamtpreis von 1.002.911 M. abzutreten. Es handelt sich um 487 Hektar Waldungen und 290 Hektar Weiden, sowie um 99 Hektar Allmähndäcker.

Ulm, 29. Jan. Wie nach der Frankf. Ztg. verlautet, liegt jetzt in der Frage der Donaueinfaltung ein Rechtsgutachten einer hervorragenden Autorität vor, das die Angelegenheit vom staatsrechtlichen Standpunkt für die württembergischen Interessen ungünstig darstellt, als bisher angenommen wurde.

Friedrichshafen, 29. Jan. Das auf der hiesigen Werft der Züricher Firma Escher und Wyß erbaute württembergische Dampfschiff „Friedrichshafen“ wird am Montag vom Stapel gelassen und dann in die neue Werft nach Romanshorn gebracht, die Inbetriebnahme des jüngsten württembergischen Bodenseedampfers erfolgt am 1. Mai.

Nah und Fern.

In Edelweiler bei Freudenstadt brach in dem Wohnhaus des Holzhauers Fahnacht aus bis jetzt unaufgeklärter Ursache Feuer aus. Dieses Haus sowohl wie die beiden angebauten Häuser des Holzhauers Stoll und des Bauern Kalmbach sind vollständig niedergebrannt. Die Abgebrannten sind versichert. Der Gebäudeschaden wird auf 20.000, der Materialschaden auf 16.000 M. geschätzt.

Im Walde bei Dürrenz-Rühlacker fand man den lebigen, in den 20er Jahren stehenden Goldarbeiter Hermann Schweifert aus Würm, zuletzt in Miesern

wohnhaft, fast völlig erstarrten auf. Er wurde in hoffnungslosem Zustand ins hiesige Hospital gebracht. Da er in letzter Zeit ohne Stellung und in finanzieller Bedrängnis war, vermutet man, daß er freiwillig aus dem Leben scheiden wollte.

In der letzten Nacht brannten in Wilferdingen bei Pforzheim zwei Häuser samt Scheunen und Remisen, dem Landwirt Wally Kraus und der Witwe Wily. Rebmann gehörig nieder. Man vermutet Brandstiftung. Der Schaden beträgt ungefähr 30.000 M.

Bei Oberkellern (Prov. Hannover) ist ein 45 Jahre alter Arbeiter von einer Automobilmaschine überfahren und getötet worden. Der Chauffeur wurde vor Schreck irrsinnig.

Bei Dorstel (Reg.-Bez. Stade) sind auf dem Gise der Binnemelbe 3 Knaben eingebrochen und trotz sofortiger Rettungsversuche ertrunken. Die Leichen sind noch nicht gefunden.

Den Wiener Abendblättern zufolge ist die Grazer Automobilfabrik Buch, Aktiengesellschaft, mit sämtlichen Automobilen, Motorrädern und Borräten niedergebrannt. Ein Ubergreifen auf das nahe Benzingerlager konnte verhindert werden. Zwölf Feuerwehreinheiten sind verlegt.

Aus Rotterdam wird gemeldet: 30 Fischer aus Albarg, die auf zwei stotgenordneten Eisschollen auf der Zuidersee fischten, wurden von der Strömung abgetrieben. Bis jetzt hat man nichts mehr von ihnen gesehen. Der Postdampfer „Havela“ hat sich auf die Suche begeben.

Gerichtssaal.

Hall, 28. Jan. (Schwurgericht). Der dritte und letzte Fall betraf gestern den 35 Jahre alten ledigen Diensthof Otto Burger von Cortes Ode. Detischheim O.A. Maulbronn wegen schweren Raubs u. Brandstiftung. Der Angeklagte, der eine schlechte Erziehung hatte und geistig minderwertig ist, wurde im März 1901 vom Schwurgericht Heilbronn wegen Brandstiftung und versuchten Raubs zu neun Jahren Zuchthaus verurteilt. Infolge guter Führung wurde er am 15. Februar 1908 vorläufig entlassen und fand bei der Witwe Christian Windmüller in Unterrot O.A. Gaildorf eine Stelle als Diensthof. Im Anfang war er fleißig und führte sich gut, hat sich jedoch im Laufe des Sommers dem Alkoholgenuß hingeeben, unter dessen Wirkungen er zu strafbaren Handlungen Reigung hat. Am 24. August v. J. hat er abends in einer Wirtschaft in Unterrot von dem Diensthof Jakob Weller vom Chauffeurhaus eine Mark entlehnt und hierbei gesehen, daß dieser noch mehr Geld in seinem Portemonnaie hatte. Er hat sodann den betrunkenen Weller auf dem Heimweg begleitet, ihn unterwegs zu Boden geworfen und ihm den Geldbetrag von etwa 4 Mk. 50 Pf. abgenommen. Da er dem Weller kurz nachher als Ertrag 6 Mark gab, unterließ zunächst eine Anzeige. Mitte Oktober v. J., als bei seiner Dienstherrin mit der Dampfmaschine gedroschen wurde, geriet der Angeklagte mit dem Maschinengehülfe in Streit, worauf er sich entfernte, einige Tage sich müßig umhertrieb und dem Trunke hingab. In diesem Zustand hat er am 20. Oktober nachts zwischen 10 und 11 Uhr die Scheuer der Windmüller angezündet, die samt den reichlichen landwirtschaftlichen Borräten ein Raub der Flammen wurde. Es entstand ein Schaden von ca. 6000 Mark. Das Feuer hat sich auch noch auf die Scheuer des Mähewirts Kronmüller übertragen und diese ebenfalls eingeäschert, jedoch der Gesamtschaden etwa 22.000 Mark betrug. Diese letztere Scheuer war aber nicht Gegenstand der Anklage. Nach einem mißlungenen Selbstmordversuch hat sich der Angeklagte noch in derselben Nacht der Polizei in Gaildorf als Täter gestellt und sich selbst als Täter bekannt. Bezüglich des Raubes an Weller zieht der Angeklagte eine Gewaltanwendung in Abrede. Er habe sich nur Wellers Betrunktheit zunutze gemacht. Die Geschworenen traten dieser Verteidigungsweise bei und sprachen ihn nur des Diebstahls im Rückfall an Weller und der Brandstiftung bei der Windmüller schuldig, versagten ihm aber beim Diebstahl die mildernden Umstände, billigten sie ihm jedoch bezüglich der Brandstiftung zu. Demgemäß wurde er neben dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren zu der Zuchthausstrafe von drei Jahren verurteilt. Auch wurde von Zulässigkeit auf Polizeiaufsicht erlannt. Außerdem hat er noch den Rest der früher erkannten Zuchthausstrafe zu verbüßen.

Ein entmenschetes Paar.

Wegen versuchten und vollendeten Mordes verurteilte das Schwurgericht in Dresden die 21jährige aus Schönheide gebürtige Dienstinne Frida Martha Delm zum Tode, und die 17jährige Dienstinne Anna Alma Barthe, zu 8 Jahren Gefängnis. Beide Angeklagte hatten im Oktober bezw. November v. J. den halb-jährigen Sohn der Delm in entkleidetem Zustand bis an den Leib in das eiskalte Wasser eines Baches gehalten und so den Tod des Kindes durch Ertrinken verschuldet.

Freispruch infolge Irrtums der Geschworenen.

In St. Mihiel (Dep. Meuse) mußte ein gewisser Bouchon, der seine Frau ermordet hatte, vom Schwurgericht infolge eines seltsamen Irrtums der Geschworenen freigesprochen werden. Die Geschworenen hatten nämlich die Fragen verwechselt, die Schulfrage im allgemeinen verneint und die Frage wegen Vorbedachts bejaht. Das Publikum gab seinem Unwillen durch Lärmen Ausdruck.

Bermischtes.

Die französischen Flugversuche auf dem Tempelhofer Feld.

Die vom „Berliner Lokalanzeiger“ veranstalteten Flugversuche des Aviatikers Armand Zippel auf dem Tempelhofer Feld nahmen am Donnerstag ihren Anfang. Erschienen waren Prinz und Prinzessin Eitel Friedrich, Prinz Heinrich von Preußen, Prinzessin Viktoria Luise und der Großherzog von Oldenburg. Außerdem hatten sich viele Offiziere und ein zahlreiches Publikum eingefunden. Punkt 4 Uhr stieg der Aviatiker zum ersten Flug auf, der 2 1/2 Minuten dauerte und sich kreisförmig über dem der Tribüne zunächst gelegenen Teil des Tempelhofer Feldes, wenige Meter vom Boden entfernt, vollzog. Der Luftschiffer landete etwa 30 Meter vom Aufstiegsplatz entfernt. Hierauf wurde der Flugapparat wieder zum Tribüne gebracht und um 4.12 Uhr stieg Armand Zippel zum zweitenmal auf. Der zweite Flug dauerte drei Minuten und führte über ein beträchtlich größeres Stück des Tempelhofer Feldes, so daß zeitweilig der Luftschiffer wegen des herrschenden Nebels nicht zu sehen war. Nach drei Minuten landete Zippel wieder an dem Aufstiegsplatz. Die prinziplichen Herrschaften begaben sich darauf zu dem Luftschiffer und zogen ihn in ein längeres Gespräch und besichtigten den Flugapparat. Dieser wurde sodann in die Halle zurückgebracht.

dem Tempelhofer Feld nahmen am Donnerstag ihren Anfang. Erschienen waren Prinz und Prinzessin Eitel Friedrich, Prinz Heinrich von Preußen, Prinzessin Viktoria Luise und der Großherzog von Oldenburg. Außerdem hatten sich viele Offiziere und ein zahlreiches Publikum eingefunden. Punkt 4 Uhr stieg der Aviatiker zum ersten Flug auf, der 2 1/2 Minuten dauerte und sich kreisförmig über dem der Tribüne zunächst gelegenen Teil des Tempelhofer Feldes, wenige Meter vom Boden entfernt, vollzog. Der Luftschiffer landete etwa 30 Meter vom Aufstiegsplatz entfernt. Hierauf wurde der Flugapparat wieder zum Tribüne gebracht und um 4.12 Uhr stieg Armand Zippel zum zweitenmal auf. Der zweite Flug dauerte drei Minuten und führte über ein beträchtlich größeres Stück des Tempelhofer Feldes, so daß zeitweilig der Luftschiffer wegen des herrschenden Nebels nicht zu sehen war. Nach drei Minuten landete Zippel wieder an dem Aufstiegsplatz. Die prinziplichen Herrschaften begaben sich darauf zu dem Luftschiffer und zogen ihn in ein längeres Gespräch und besichtigten den Flugapparat. Dieser wurde sodann in die Halle zurückgebracht.

Im Winter.

Alles was ich liebte, ist nun längst vorbei,
Alles was ich sehnte, geb' ich los und frei.
Winter ist gekommen, naß und düster, kalt.
Grau ist alles worden, moderig und alt.
Wi ihr seid so lustig um die Faschingszeit
Und ich bin gebannt an mein Seelenleid.
Wo, ihr frohen Lieber, wa entloht ihr hin,
Lieber jener Zeiten, die noch frisch und grün?
Jene Klagen heiter, voller Lust und Lieb',
Nimmer glauben kann ich, daß ich einst sie schrieb.
Bill's der Fichte Klagen und dem grünen Fluß,
Was ich alles leiden und ertragen muß.
Denn ihr werdet schweigen Fluß und schlante Ficht'
Keinem Menschen sag' ich's, der versteht mich nicht.
Friedrich Hiller-Heilbronn.

Handel und Volkswirtschaft.

Kurzer Getreide-Wochenbericht der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 19. bis 25. Januar 1909.

Während man durch die seit längerer Zeit geübte Kaufenthaltung einen Druck auf die argentinischen Ablader ausüben zu können glaubte, haben diese, engerget durch fortgesetzte Preissteigerungen Amerikas, ihre Forderungen weiter erhöht. In Europa enttäuscht diese Entwicklung um so mehr, als man hier während der nächsten Monate auf die argentinische Hilfe in erster Reihe angewiesen ist und die Bestände allgemein einer Ergänzung bedürfen. Auch Deutschland hat noch einen großen Teil seines Importbedarfs zu decken, und da die Leistungsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft nach den starken Ansprüchen der letzten Monate allmählich nachzulassen beginnt, so stellt sich immer mehr die Notwendigkeit heraus, die Preise den argentinischen Forderungen nach und nach anzupassen. Derartigen Erhöhungen entspringt auch vor allem die feste Tendenz während der abgelaufenen Woche. Dazu kamen im weiteren Verlaufe Besorgnisse wegen der Saaten angesichts der in der zweiten Wochenhälfte eingetretenen kalten Witterung, zumal der Boden im größten Teile des Reiches von Schnee entblößt ist. Nur in Ostpreußen deckt eine ungefähr 10 cm starke Schneedecke die jungen Saaten. Bringt es schon der ungewöhnlich große Preisunterschied zwischen Weizen und Roggen mit sich, daß der letztere Artikel von der Festigkeit des Weizenmarktes nicht unbeeinflusst bleiben konnte, so rechtfertigt die Entwickelung auch hierin die während der letzten Tage zu Tage getretene freundlichere Stimmung, indem sich für das gleichfalls nachlassende Angebot an der Rüste wie auch im Inlande vermehrtes Kaufinteresse bemerkbar machte. Befestigend wirkte vor allem, daß zuletzt wieder größere Abschlässe in deutschen Roggen nach Nordrußland sowie nach West- und Südeuropa stattgefunden haben. Die auf dem Hafermarkte beobachtete Festigkeit hatte ihren Grund weniger in den Absatzverhältnissen, als in den sehr hohen Forderungen der Provinz, die beim Konsum meist schwer durchzusetzen sind. Dagegen begegnet Braugersten in seinen Qualitäten wieder lebhafterem Interesse, doch ist das Geschäft darin nicht groß, da es gerade an seiner Ware fehlt. Auch der Absatz von Futtergerste hat sich bei anziehenden Preisen wieder etwas gehoben. Mais lag bei wenig veränderten Forderungen ziemlich still.

Es stellten sich die Preise für inländisches Getreide am letzten Markttage in Mark pro 1000 Kg. je nach Qualität wie folgt:

	Weizen	Roggen	Hafer
Böhmischberg	216 +4	162 1/2 +3	154 +2
Danwig	24 +2	164	165 +4
Estettin	206 +2	163 +3	158 —
Posen	23 +1	161 +1	156 —
Breslau	202 —	166 —	167 —
Berlin	213 +6	168 +2	178 +3
Magdeburg	206 +4	164	171 —
Halle	202 —	168 +1	174 +2
Leipzig	204 +2	167 —	174 +2
Fraunschweig	204 +2	162 +1	176 +2
Rostock	201 +1	168 -2	170 —
Hamburg	21 1/2 +1 1/2	166 —	175 +1
Kiel	205 +4	165 +2	165 +1
Hannover	207 +2	163 +1	178 —
Düsseldorf	212 +4	170 +2	165 —
Krankfurt a. M.	216 +2	172 1/2 —	176 —
Rannheim	222 1/2 +2 1/2	170 —	176 —
Strasbourg	217 1/2 +2 1/2	165 +2 1/2	185 —
Stuttgart	222 1/2 —	175 —	172 1/2 —
München	220 —	171 -2	169 +1

Weltmarktpreise: Weizen Berlin 215 - (+4.25) Rußland Apr. 218.10 +4.40 Paris Jan. 196.50 - 0.65 Liverpool März 172.60 (+2.1) Chicago Mai 165.90 +2.15. Roggen: Berlin Mai 175.75 (+2.25), Hafer: Berlin Mai 166. - (+1.50) M.



Waldrennath. Heute nacht brach im Auwesen des früheren Postboten Schönthaler Feuer aus, das daselbe, bevor die Feuerwehr eintraf, dem Erdboden gleich machte.

Aus der Sitzung der Gemeindefolgen vom 9. Januar 1909.

Der Stadtvorstand nimmt die feierliche Beerdigung der neugewählten 5 Mitglieder des Bürgerausschusses vor und verweist die schon seither dem Bürgerausschuss angehörigen 3 Mitglieder auf ihren früher abgelegten Dienst. Bei der hierauf erfolgenden Wahl des Bürgerausschussobmannes wird der seitherige Obmann Karl Gütthler, Flaschnermeister hier mit 11 von abgegebenen 13 Stimmen wiedergewählt und als erster Obmannstellvertreter Friedrich Schulmeister, Schneidermeister mit 10 Stimmen und als zweiter Obmannstellvertreter Hermann Rieginger, Messerschmied mit 10 Stimmen gewählt.

Nachdem der Stadtvorstand dann die neuen Mitglieder mit den Bestimmungen der Gemeindeordnung über den Wirkungsbereich des Bürgerausschusses bekannt gemacht und sie zu treuer Erfüllung ihrer Pflichten ermahnt hatte, sprach er den nicht mehr ins Collegium zurückgekehrten Mitgliedern auch und Bfau und ebenso den übrigen Mitgliedern der Gemeindefolgen den Dank für ihre treue und erprießliche Mitarbeit bei den wichtigen Aufgaben, welche im verflossenen Jahre zu erledigen waren, aus und bat die letzteren, auch im neuen Jahre ihre Kräfte in den Dienst unseres Gemeinwesens zu stellen. Von den Arbeiten des verflossenen Jahres erwähnte der Stadtvorstand u. A. die Correction der Rennbachstraße, Herstellung des Zinnenwegs, Erneuerung des Nebgerstegs, Herstellung einer Canalisation und Wasserleitung in der Prinz-Peter von Oldenburgstraße, Erneuerung und Erweiterung der Retorten-Ofenanlage der Gasfabrik, Verbesserung der Olgastraße, Herstellung der ausgedehnten Spazierwege im Sommerberg und Vergebung von Baugelände daselbst im Erbbaurecht, die mit der Fertigstellung und Eröffnung der Bergbahn verknüpften Arbeiten, Fertigstellung einer neuen Freileitung des städtischen Elektrizitätswerks für die angeschlossenen Motoren und Aufzüge, Erbauung eines Rodelwegs. Als Aufgaben des neuen Jahres wurden u. A. bezeichnet, die Erbauung eines Realschulgebäudes, resp. die Vorarbeiten hierzu, Ausführung der Bahner- und Parkstraße und weitere Verbesserung der sanitären Verhältnisse unserer Stadt, wobei vor allem auf die in einigen Jahren notwendige Erbauung eines Krankenhauses hingewiesen wurde. Der Stadtvorstand erklärt, daß es ein Anliegen der Collegien sein werde, bei allen diesen der Lösung harrenden Fragen mit Rücksicht auf den augenblicklichen schlechten Geschäftsgang und die allgemeine Geldknappheit größte Sparsamkeit und weise Zurückhaltung walten zu lassen.

Zusolge der Revisionsbemerkungen zur Stadtpflegerrechnung pro 1906/07 werden dann noch einige Gegenstände erledigt, so wurde beschlossen, daß künftig für die Benützung des Turnplatzes zur Aufstellung von Caroussells, Schau-buden etc. eine Gebühr von 5—30 Mark erhoben wird, die in diesem Rahmen für den einzelnen Fall vom Stadtvorstand festgesetzt werden wird, daß die Verurkundung der Kapitalausstände der Stadtpflege (Herbeiführung eines An-

erkenntnisses des Schuldners) alle 3 Jahre stattzufinden habe, daß die Zinsen des Kapitals der früheren aufgelösten Krankenkassen für besondere Zwecke angeammelt werden sollen, daß die Gebühren für die Benützung der städtischen Bodenwaage wie seither aus dem Bruttogewicht zu erheben sind und daß die Versicherungsbeiträge des Rathhauspersonals wie seither auch künftig von der Stadtkasse getragen werden.

Sitzung vom 15. Januar.

Das Rgl. Oberamt Neuenbürg teilt durch Erlaß vom 9. Dezember 1909 mit, daß es im Hinblick auf die bevorstehende Reform der Arbeiterversicherung dem Gemeinderat zur Erwägung gebe, ob er die Frage der Ausschreibung der in der Stadtgemeinde Wildbad beschäftigten Mitglieder der Bezirkskrankenkasse Neuenbürg aus dieser Kasse nicht zunächst beruhen lassen wolle. Es sprächen hierfür Zweckmäßigkeitsgründe. Die zu erwartenden Änderungen in der Verwaltung der Krankenkassen könnten — die Genehmigung des von der hiesigen Stadt gestellten Antrags vorausgesetzt — möglicherweise zur Folge haben, daß wieder eine Zusammenlegung der geplanten Ortskrankenkasse mit der Bezirkskrankenkasse stattfinden müßte. Da unter diesen Umständen die Ablehnung des Gesuchs um das Ausschreiben der hiesigen Mitglieder der Bezirkskrankenkasse aus dieser seitens der höheren Verwaltungsbehörde zunächst in sichere Aussicht zu nehmen ist, beschließen die Gemeindefolgen, bis zum Zustandekommen der zu erwartenden Änderungen des Krankenversicherungsgesetzes von weiteren Schritten in dieser Sache abzusehen.

Dem Oberlehrer Dr. Pfeffer, hier, welcher seit 5 Jahren die erste Lehrerstelle an der hiesigen Realschule zur allgemeinen Zufriedenheit versteht und sich auch durch seine Tätigkeit beim Lehrlingsheim verdient gemacht hat, wird eine persönliche Ortszulage von 200 M. aus der Stadtkasse einstimmig bewilligt.

Der Bericht der Maschinenfabrik Ehlingen über die vermutliche Ursache des diesen Herbst entstandenen Defekts an der Dynamomaschine des städtischen Elektrizitätswerks 11 wird zur Kenntnis der Gemeindefolgen gebracht, wobei Stadtbaumeister Munk noch die nötigen Erläuterungen gibt, die entstandenen Reparaturkosten auf mehrere 100 M. schätzt. Nach den gemachten Feststellungen kann den Maschinenisten ein Verschulden nicht nachgewiesen werden, ebensowenig der Maschinenfabrik Ehlingen, deren Garantiezeit überdies schon am 12. Juni 1907 abgelaufen war.

Die von der Ortsschulbehörde aufgestellten Bestimmungen über die Reinigung und Streupflicht vor den Lehrermöbelsgebäuden, Beleuchtung und unbewohnter Stockwerke usw. werden von den Gemeindefolgen gutgeheißen und genehmigt.

Die Pächter des städtischen Jagd-Distrikts I, Sommerberg u. Linie, bitten um eine Ermäßigung des jährl. Jagdpachtzinses von 835 M., weil durch Erbauung der Bergbahn und Herstellung der Rodelbahn die Jagd im Sommerberg eine bedeutende Wertverminderung erlitten habe. Da die Gemeindefolgen der Ansicht sind, daß die Pachtsumme von 835 M. nach den in letzter Zeit von anderen Gemeinden erzielten Jagdpachtzinsen ohnedies eine sehr mäßige und da nach §. 9 des Jagdpachtvertrages ein Nachlaß am Pachtzins ausdrücklich ausgeschlossen ist, wird das Gesuch einstimmig abgelehnt.

Nachdem die Wasserleitung der Parzelle Nonnenmühl erweitert und eine größere Anzahl Häuser daselbst an die Wasserleitung angeschlossen wurden, verlangt die Rgl. Forstdirektion als Eigentümerin der für die Wasserleitung benutzten, im Staatswalde 3 Revier Enzklösterle im Wschelose entspringenden Quelle unter Aufhebung des früheren Abkommens die Eingehung eines neuen Vertrags über die pachtweise Ueberlassung der Quelle an die Stadtgemeinde unter Festlegung des künftig zu entrichtenden Pachtzinses auf 25 M. pro Jahr. Von den Gemeindefolgen wird der neue Vertrag genehmigt.

Es folgen Baufragen, Schätzungen, Dekreturen und andere kleinere Gegenstände.

Sitzung vom 22. Januar.

Die Abhör der Stadtpflegerrechnung pro 1906/7, der Ortsarmenpflegerrechnung pro 1906/7 und der Realschul-fondspflegerrechnung pro 1905/7 wird vorgenommen, nachdem die bei der Prüfung festgestellten Anstände ihre Erledigung gefunden haben und die Prüfung der Wertpapiere der 3 Verwaltungen zu keinem Anstande führte.

Zur Vervollständigung der hiesigen Feuerlöschrichtungen, die mit Rücksicht auf die Eigenschaft Wildbads als Fremden- und Badeort in jeder Hinsicht vollkommen sein sollten, hat sich die Anschaffung einer neuen mechanischen Rettungsleiter als notwendig erwiesen. Es sind deshalb zu diesem Zwecke schon seit mehreren Jahren Beträge in den Stadtpflegetat eingestellt worden, die in die Kasse der freiwilligen Feuerwehr abgeführt und dort angeammelt wurden. Nach einer von der Firma Vereinigte Feuerwehrgeschäftefabrik G. m. b. H. in Ulm eingeholten Offerte beträgt der Anschaffungspreis für eine 19 Meter lange Magirus-Drehleiter Konstruktion D. B. 7120,20 M. und für eine 21 Meter lange Leiter 8407,20 M. Der Vertreter dieser Firma ist in der Sitzung anwesend und zeigt den Gemeindefolgen das Modell der Rettungsleiter vor. Die letzteren sind der Ansicht, daß, wenn der bedeutende Aufwand für eine neue Leiter gemacht werden muß, eine solche beschafft werden sollte, die allen Möglichkeiten eines Brandfalles genüge und die Rettung von Menschen noch aus den obersten Stockwerken der höchsten Gebäulichkeiten der hiesigen Stadt, wie Hotel Klump, Bellevue, Post usw., bei denen es sich um Höhen von über 20 Meter handelt, ermögliche. Nach längerer Beratung entscheiden sie sich daher für Anschaffung der 21 Meter langen Leiter und genehmigen die Uebertragung und Lieferung derselben an die Vereinigte Feuerwehrgeschäftefabrik in Ulm um den Preis von 8407 M. franko Station Wildbad bei 3jähriger Garantiezeit. Der Staatsbeitrag zu dieser Leiter beträgt 2100 M., die in der Kasse der freiwilligen Feuerwehr vorhandenen Mittel ca. 5500 M., so daß noch ca. 800 M. in den nächstjährigen Etat einzustellen wären.

Die Anschaffung des zur Ausführung von Mechanikerarbeiten durch die Maschinenisten am städt. Elektrizitätswerk erforderlichen Handwerkszeugs mit einem Aufwand von 259 M. wird genehmigt.

Es folgen noch Baufragen, Dekreturen, Armenfragen und sonstige kleinere Sachen.

Schwarzwaldhotel

Sonntag nachm. von 3 Uhr ab



GROSSE TANZ-Unterhaltung

ausgeführt von der Musikgesellschaft „Harmonie“

Zu recht zahlreichem Besuche ladet höflichst ein

Fritz Schmid.

Richard Steinmetz, Herden, Ofen, Kessel, aus der Hofherfabrik Zieren u. Wetter in Herden.

Richard Steinmetz, Herden, Ofen, Kessel, aus der Hofherfabrik Zieren u. Wetter in Herden.

Richard Steinmetz, Herden, Ofen, Kessel, aus der Hofherfabrik Zieren u. Wetter in Herden.

Richard Steinmetz, Herden, Ofen, Kessel, aus der Hofherfabrik Zieren u. Wetter in Herden.

Richard Steinmetz, Herden, Ofen, Kessel, aus der Hofherfabrik Zieren u. Wetter in Herden.

Richard Steinmetz, Herden, Ofen, Kessel, aus der Hofherfabrik Zieren u. Wetter in Herden.

Richard Steinmetz, Herden, Ofen, Kessel, aus der Hofherfabrik Zieren u. Wetter in Herden.

Richard Steinmetz, Herden, Ofen, Kessel, aus der Hofherfabrik Zieren u. Wetter in Herden.

Evang. Gottesdienste.

Vorm. 10 Uhr Predigt: Stadtpfarrer A u. ch.

Nachm. 1 Uhr Christenlehre mit den Töchtern: Stadtpfarrer Wild. Abends 8 Uhr Bibelstunde in der Kleinkinderschule: Derselbe.

Feiertag Maria Reinigung. (Dienstag.) Vorm. 10 Uhr Predigt: Stadtpfarrer Wild.

Eisklub Wildbad

Bei günstiger Witterung am Sonntag nachm. von 2 Uhr ab

Eisfest mit Musik

auf dem Schwanensee. Entree für Nichtmitglieder 50 Pfg. Der Vorstand.

Liederkranz Wildbad.

Morgen, Sonntag, nachm. 1 1/2 Uhr Singstunde

im Saal z. Eisenbahn. Wichtige Besprechung. Der Vorstand.

Eine schöne Plüschgarnitur

wie neu, Sofa, 4 Fauteuils und 2 Stühle sehr preiswert zu verkaufen für Hoteliers und Willenbesitzer geeignet. Pforzheim Enzstr. 19.

Gutes Kuhfleisch

ist pro Pfund für 50 Pf. zu haben. Rob. Schmid, Rathausgasse.



In Wildbad zu haben bei Christ. Schmid, Feilenhauer.

Schützen-Verein Wildbad.

Samstag, den 30. Januar findet unser

Familien-Abend

im Hotel Post verbunden mit Gaben-Verlosung statt.

Anfang abends 7 1/2 Uhr

Aktive und passive Mitglieder sind freundlichst eingeladen. Nichtmitglieder haben keinen Zutritt.

Fremde können nach Anmeldung beim Schützenmeisteramt eingeführt werden.

Freiwillige Gaben zur Verlosung nimmt Herr Großmann (Hotel Post) entgegen.

Sonntag, 31. Januar nachm. 2 Uhr ab Kaiserbecherschiessen

Zahlreiche Beteiligung erwünscht. Das Schützenmeisteramt.

Pferde-Decken

in großer Auswahl Phil. Bosch.

Zur Feier unserer

Nach-Hochzeit

laden wir hierdurch Verwandte, Freunde und Bekannte auf

Sonntag, den 31. Januar 1909 nachmittags in das Schwarzwald-Hotel (Nebenzimmer) freundlichst ein und bitten, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

Theodor Lässig Katharina Lässig

geb. Geyer